**IMMOBILIEN GÜNSTIG FINANZIEREN TROTZ STEIGENDER ZINSEN**

**INTERVIEW MIT WESTLB-CHEF FISCHER**
**Wie er die Bank aus der Krise führen will**

Wirtschafts Woche
www.wiwo.de

# Wirtschafts Woche

29
8.7.2004
Deutschland € 3,

# ES GIBT 8,643 MILLIONEN ARBEITSLOSE IN DEUTSCHLAND.

# WIE DAS WAHRE AUSMASS VERHEIMLICHT WIRD, LESEN SIE AUF SEITE 18.

Schweiz CHF 5,80 | Österreich € 3,30 | Belgien € 3,30 | Frankreich € 3,30 | Italien € 4,20 | Luxemburg € 3,30 | Niederlande € 3,30 | Portugal (Cont.) € 4,20 | Spanien € 4,20 | Dänemark DKK 27,- | Lettland LVL 3,50 | Polen PLN 16,50 | Slowakische Republik SKK 180,- | Tschechische Republik CZK 150,- | Türkei TRL 8.200.000,- | Ungarn HUF 1.080,-

# DAS WAHRE

## SCHÖNGERECHNET

Wie viele Menschen in Deutschland tatsächlich ohne Job sind

| | |
|---|---|
| **Offiziell als arbeitslos gemeldet** | **4 233 000** |
| **In Prozent der Erwerbstätigen** | **10,2** |
| **Arbeitslose in Maßnahmen der BA** | **868 000** |
| **Darunter:** | |
| Berufliche Weiterbildung (Vollzeit)* | 165 000 |
| Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen | 107 000 |
| Deutsch-Sprachlehrgänge | 16 000 |
| Empfänger von Eingliederungszuschüssen | 97 000 |
| Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen | 109 000 |
| Ich-AGs | 142 000 |
| Personal-Service-Agenturen | 26 000 |
| Empfänger von Überbrückungsgeld | 81 000 |
| **Arbeitslose in Maßnahmen der Kommunen*** | **390 000** |
| **Arbeitslose im Vorruhestand*** | **1 077 000** |
| **Kurzarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitstellen)** | **75 000** |
| **Stille Reserve*** | **2 000 000** |
| **Wahre Arbeitslosigkeit** | **8 643 000** |
| **In Prozent der Erwerbstätigen** | **18,8** |

* geschätzt; Quellen: BA, Sachverständigenrat, Deutscher Städtetag, Stiftung Marktwirtschaft

Fünf Millionen: Das ist die Zahl, vor der sich Gerhard Schröder am meisten fürchtet. In der schwersten Krise der Sozialdemokraten in der Geschichte der Bundesrepublik will der angeschlagene Kanzler um jeden Preis verhindern, dass die Arbeitslosigkeit auch noch diese magische Schwelle überschreitet. Denn dann würde er, der seine Politik an den Erfolgen am Arbeitsmarkt messen lassen wollte, endgültig sein Gesicht verlieren.

„Wenn wir es in den ersten Jahren nicht schaffen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, dann haben wir es nicht verdient, weiter zu regieren", hatte Schröder 1998 als SPD-Kanzlerkandidat getönt - in der heißen Phase des Wahlkampfs. Sechs Jahre später ist er noch im Amt - und die Lage am Arbeitsmarkt trist wie nie: Im Juni waren 4,23 Millionen Menschen ohne Arbeit - 340 000 mehr als bei Schröddes Amtsantritt im Oktober 1998. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Beschäftigten. Sie lag im April bei 38 Millionen, 170 000 weniger als ein Jahr zuvor.

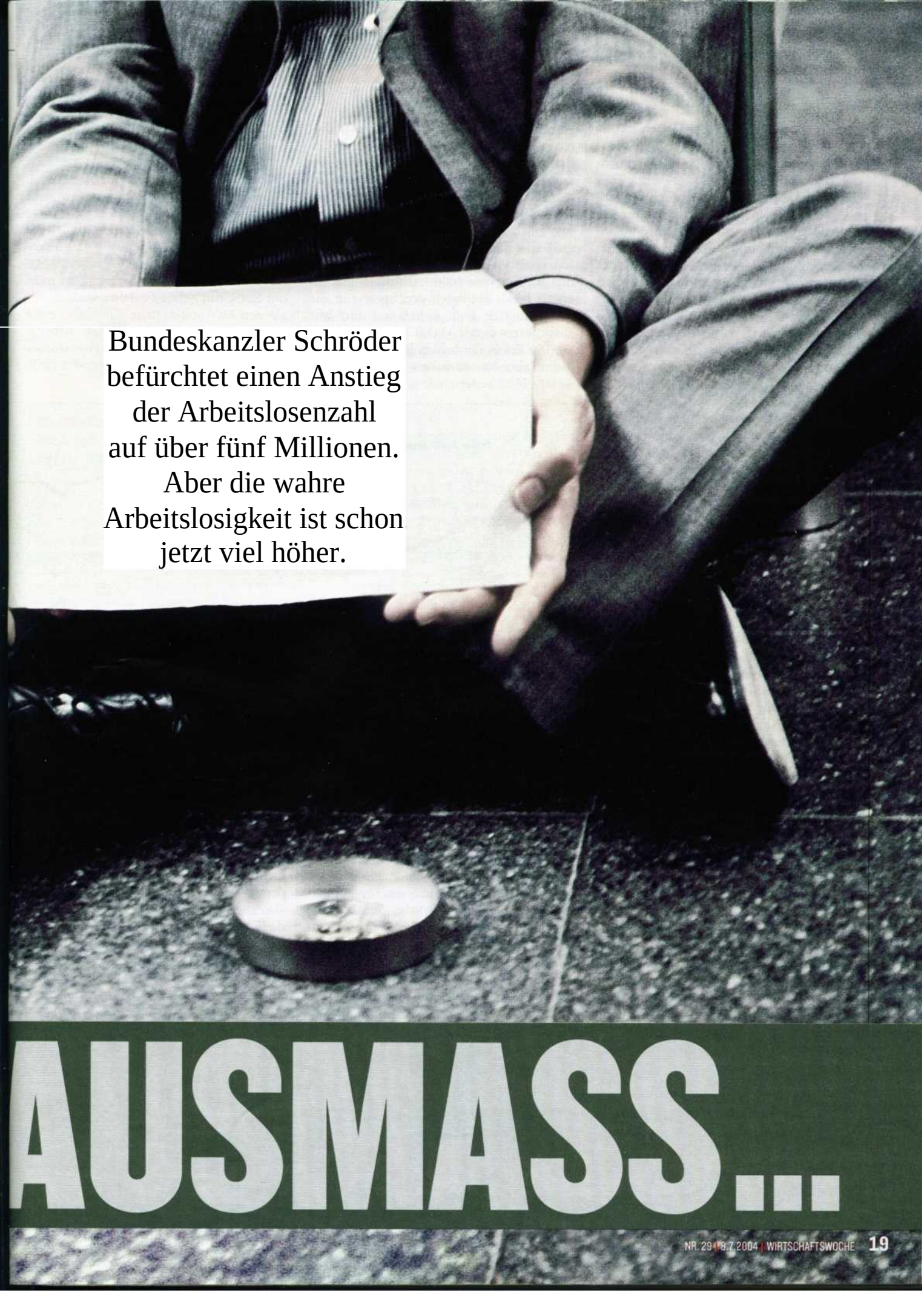
Für Schröder und seinen Arbeitsminister Wolfgang Clement wird die Lage immer prekärer: Gegen den Widerstand von Gewerkschaften und SPD-Linken haben sie in den vergangenen zwei Jahren eine Reihe von Reformen auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt. 400-Euro-Jobs, Ladenschlussliberalisierung, eine (allerdings nur zaghafte) Lockerung des Kündigungsschutzes, Deregulierung der Zeitarbeit, mehr Druck auf Arbeitsunwillige - in keinem anderen Politikbereich war Rot-Grün aktiver (siehe Reformbarometer Seite 10).

Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV"), auf die sich Regierung und Opposition vergangene Woche im Vermittlungsausschuss geeinigt haben, erntet überwiegend Lob. Danach orientiert sich das neue Arbeitslosengeld II am Niveau der Sozialhilfe, die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds wird auf ein Jahr verkürzt. „Ein Schritt in die richtige Richtung", lobt Hilmar Schneider vom Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Ökonomen kritisieren schon lange, dass die Sozialhilfe eine Art impliziten Mindestlohn darstellt, der die Aufnahme von einfach entlohnten Tätigkeiten behindert.

Umso bitterer ist es für Schröder und Clement, dass sich trotz aller Reformbemühungen die Lage am Arbeitsmarkt nicht entspannt. Die rund 250 000 Jobs, die nach Schätzung von Ifo-Chef Hans-Werner Sinn durch die Sozialhilfereform entstehen könnten, sind ein Klacks gemessen an den Ambitionen, mit denen die von der Regierung eingesetzte Hartz-Kommission ursprünglich angetreten war. „Wer mein Programm umsetzt, kann die Arbeitslosigkeit in Deutschland bis 2005 halbieren", hatte Kommissionschef Peter Hartz, im Hauptberuf VW-Personalvorstand, vor zwei Jahren verkündet. Davon ist keine Rede mehr.

Schlimmer noch: Ohne die Bereinigung der Arbeitslosenstatistik der vergangenen zwei Jahre hätte die Arbeitslosenzahl wohl schon Anfang dieses Jahres die fünf Millionen überschritten. Denn schon 2002 begannen die Arbeitsagenturen im Rahmen des „Job-Aktiv-Gesetzes", jene Arbeitslosen aus der Statistik herauszusieben, die nicht wirklich arbeiten wollen. 2003 wurde der Druck im Zuge der Hartz-Reformen noch verstärkt. Dadurch hat sich die offizielle Zahl der Arbeitslosen insgesamt um rund 400 000 verringert, schätzt Jörg Hinze

FOTO: PHOTONICA



Bundeskanzler Schröder befürchtet einen Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über fünf Millionen. Aber die wahre Arbeitslosigkeit ist schon jetzt viel höher.

# AUSMASS...

vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Hinzu kommen rund 90 000 Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, die seit Anfang des Jahres nicht mehr in der Statistik auftauchen. Sie wurden bisher - im Unterschied zu anderen Weiterbildungsmaßnahmen - als Arbeitslose geführt. Unter dem Strich bedeutet das: Durch Änderungen in der statistischen Erfassung verringerte sich die offizielle Arbeitslosenzahl um insgesamt fast eine halbe Million Menschen. Allein dies erklärt den Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl, der Ende des vergangenen und Anfang dieses Jahres verzeichnet wurde (siehe Grafik).

Auch wenn solche Statistikbereinigungen durchaus sinnvoll sein können, überlagern und verschleiern sie die tatsächliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit - und kamen der Bundesregierung daher gelegen.

**DAS WAHRE AUSMASS DER NOT** am Arbeitsmarkt ist ohnehin viel größer, als die offizielle Statistik ausweist. Denn um zur tatsächlichen, volkswirtschaftlich relevanten Unterbeschäftigung zu gelangen, müssen auch diejenigen Arbeitslosen mitgezählt werden, die allein auf Grund staatlicher Maßnahmen beschäftigt sind und deshalb nicht in der Statistik auftauchen.

Dazu zählen etwa die Teilnehmer an Weiterbildungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die sowohl die Bundesagentur für Arbeit (BA) als auch die Kommunen organisieren. Nach einer Umfrage des Deutschen Städtetags beschäftigten die deutschen Kommunen im Jahr 2002 rund 390 000 Sozialhilfeempfänger. Die BA parkte im Juni 165 000 Arbeitslose in Vollzeitweiterbildungskursen und 109 000 in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Allerdings werden diese Instrumente seit vergangenem Jahr deutlich zurückgefahren, weil deren Effektivität schon lange bezweifelt wird.

Dennoch hat die aktive Arbeitsmarktpolitik seit Mitte vergangenen Jahres wieder massiv zugenommen. Verantwortlich dafür ist vor allem die Ausweitung bei Personal-Service-Agenturen (PSA) und Ich-AGs, die im Zuge der Hartz-Reformen eingeführt wurden. Zwar ging die Zahl der Beschäftigten in den PSA zurück, nachdem der größte Betreiber, Maatwerk, im Februar mit 9500 Leiharbeitern Pleite ging. Dennoch sind bei den PSA noch immer 26 000 Arbeitnehmer unter Vertrag, bezuschusst von der BA - und fallen so aus der Statistik heraus. Noch größer ist dieser Effekt bei den Ich-AGs: Im Juni erhielten insgesamt 142 000 Arbeitslose den BA-Zuschuss (600 Euro monatlich im ersten Jahr), der ihnen den Sprung in die Selbständigkeit ermöglichen soll. Ein Jahr zuvor waren es erst 33 000.

Der Erfolg der beiden Instrumente lässt bisher aber zu wünschen übrig: Von fast 40 000 Mitarbeitern, die seit ihrer Einführung im Januar 2003 eine PSA wieder verlassen haben, landeten nur 30 Prozent in einer regulären Beschäftigung - und darin sind auch diejenigen enthalten, die ihren Job nicht durch die PSA, sondern auf eigene Initiative gefunden haben. Auch bei den Ich-AGs waren Experten von Anfang an skeptisch. „Eine gefährliche Subvention", warnte Hermann Scherl, Professor für Sozialpolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg, schon vor einem Jahr. Inzwischen zeichnet sich ab, dass er Recht behält: Viele Ich-AGs werfen das Handtuch, sobald die Unterstützung im zweiten Jahr gekürzt wird. Mittlerweile haben von den 168 000 Ich-AGs, die seit Anfang 2003 an den Start gingen, 26 000 wieder aufgegeben.

Offenbar taugen die neuen Instrumente nur eingeschränkt als Sprungbrett in eine reguläre Beschäftigung. Dafür erfüllen sie einen anderen Zweck umso besser - Arbeitslose zu parken, damit die offizielle Statistik freundlicher daherkommt. Und nicht nur Rot-Grün nutzte sie dafür. Auch die Regierung Kohl spielte diese Karte, als sie vor der Bundestagswahl 1998 die Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen auf mehr als eine halbe Million verdoppelte.

Doch die Liste der Tricks, mit deren Hilfe die Arbeitslosenzahlen geschönt werden, ist noch länger: Noch aus der Amtszeit von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) stammt der Kniff, Arbeitslose über 58 Jahre nicht mehr zu erfassen. Die BA versucht derzeit verstärkt, ältere Arbeitslose in den Vorruhestand zu komplimentieren. So ist die Zahl der von der BA geförderten Vorruhestandsregelungen bis Juni auf insgesamt 470 000 gestiegen - 50 000 mehr als ein Jahr zuvor. Davon sind 76 000 Personen mit Unterstützung der BA in Altersteilzeit,

**KRÄFTIGER ANSTIEG**

**Aktive Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosigkeit seit Januar 1999 (in Millionen)**

*ohne Kurzarbeiter, Maßnahmen der Kommunen und Vorruhestandsregelungen, die nicht von der Bundesagentur für Arbeit bezahlt werden

Quellen: Stiftung Marktwirtschaft, Deutsche Bundesbank

Wirtschaft

...DER JOBKA

**SCHRÖDER, CLEMENT Die Regierung gerät unter Druck: Trotz einiger Arbeitsmarktreformen bleibt die Beschäftigungslage katastrophal**

394 000 Arbeitslose über 58 Jahre erhalten zwar noch Arbeitslosenunterstützung, tauchen aber in der Statistik nicht mehr auf, weil sie erklärtermaßen keinen Job mehr suchen. Hinzu kommen die ganz normal Frühverrenteten zwischen 60 und 65 Jahren, die die BA nicht ausweist; der Sachverständigenrat schätzt ihre Zahl auf 607 000. Macht summa summarum mehr als eine Million Arbeitslose über 58 Jahre, die aus der Statistik entfernt wurden.

Schließlich gehören zum Heer der Erwerbslosen auch jene Entmutigten, die sich nicht arbeitslos melden, aber bei günstigerer Arbeitsmarktlage gerne arbeiten würden. Sie entgehen der Arbeitslosenstatistik: Wer keine Perspektive sieht, einen Job zu finden und keinen Anspruch auf Leistungen vom Arbeitsamt hat, meldet sich in der Regel nicht arbeitslos. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg schätzt diese „stille Reserve" auf rund zwei Millionen Menschen.

Zählt man all das zusammen, kommt eine Schwindel erregende Zahl heraus: Die wahre Arbeitslosigkeit in Deutschland liegt bei 8,64 Millionen. Die Arbeitslosenquote erreicht in dieser Rechnung katastrophale 18,8 Prozent (siehe Tabelle Seite 18). Ökonomen wie der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, bestätigen dieses Ausmaß der Unterbeschäftigung. „Darin zeigt sich, dass die deutsche Volkswirtschaft nicht in der Lage ist, eine große Zahl von Menschen in Arbeit zu integrieren", so Zimmermann.

Die volkswirtschaftlichen Kosten dieser Schwäche sind zurzeit zu besichtigen: Obwohl die Weltwirtschaft boomt, kommt die Binnennachfrage nicht in Schwung. Der Funke vom Export springt nicht über, da sich die Jobbesitzer um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes sorgen. Das schwächt die Konsumnachfrage, was wiederum die Investitionen der Unternehmen dämpft. „Der Arbeitsmarkt liegt wie ein schwarzes Tuch über der Wirtschaft", sagt Peter Leonhardt von der DekaBank.

Hinzu kommt die Belastung der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungssysteme: Deren Ausgaben klettern durch die zunehmende Unterbeschäftigung immer weiter, die Einlahmen gehen zurück. „Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bedroht das Gleichgewicht öffentlicher Haushalte und gefährdet das System der sozialen Sicherung`; warnt das IAB in einer Studie.

Für das Jahr 2002 schätzen die IAB-Ökonomen den durch die Unterbeschäftigung verursachten „Output Gap" auf 230 Milliarden Euro. Das bedeutet, dass das Volkseinkommen in Deutschland bei Vollbeschäftigung um elf Prozent größer wäre. Die durch die Unterbeschäftigung entstehenden Kosten für den Fiskus und die sozialen Sicherungssysteme schätzt das IAB auf 83 Milliarden Euro - die Summe aus Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe, entgangenen Steuern und Sozialbeiträgen.

›O J1 , : T E KOSTEN als Lohnnebenkosten auf den Arbeitsverhältnissen lasten, bleibt Deutschland in einem Teufelskreis gefangen: Die steigende Arbeitslosigkeit treibt die Sozialbeiträge und Steuern in die Höhe, was den Arbeitsmarkt zusätzlich belastet. Deshalb fordern Experten schon lange, die Sicherungssysteme von den Lohnzusatzkosten abzukoppeln und zu reformieren. In Verbindung mit sinkenden Steuersätzen könnte so der Abstand zwischen Brutto- und Nettolohn deutlich verringert werden.

Dass sich hier - entgegen der rotgrünen Rhetorik - nichts bewegt hat, zeigen die Personalzusatzkosten: Vor allein wegen der hohen Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung mussten die Unternehmen in Deutschland im vergangenen Jahr durchschnittlich 22 350 Euro pro Arbeitnehmer bezahlen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln ausgerechnet. Das waren 3,5 Prozent mehr als im Vorjahr.

Um die Jobmisere zu beenden, müsste Rot-Grün daher zu radikaleren Methoden greifen - und vor allein jene Reformen angehen, an die sich die Regierung bisher nicht herantraute. Die Koalition müsste sich dabei auch des Widerstands des Apparates erwehren, der von der Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt profitiert (siehe Seite 24).

„Der Arbeitsmarkt ist immer noch zubetoniert - hier muss kräftig dereguliert werden", sagt Norbert Berthold von der Universität Würzburg. Reformbedarf sehen Ökonomen und Wirtschaft vor allem beim Tarifrecht. Auch Teile der Union machen hier Druck. „Das Tarifkartell auf Kosten der Arbeitslosen muss beseitigt werden", heißt es in einem neuen „Masterplan Deutschland" des CDU-Wirtschaftsrats. Darin fordert er betriebliche Bündnisse für Arbeit ohne Vetorecht der Gewerkschaft, eine Abschaffung des gesetzlichen Kündigungsschutzes bei Neueinstellungen und eine An-Inebung der Wochenarbeitszeit auf mindestens 40 Stunden. Das ist allerdings bei den Sozialausschüssen nicht mehrheitsfähig.

Genauso wagen es Schröder und SPD-Parteichef Franz Müntefering nicht, das Tarifmonopol und den Kündigungsschutz weiter zu lockern - aus Angst, das zerrüttete Verhältnis zu der Gewerkschaft weiter zu schädigen. Doch vielleicht kommen sie am 1. Januar 2005 ins Grübeln: Weil erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger dann das neue Arbeitslosengeld II vom Arbeitsamt bekommen, könnten sich nach Schätzung des Wirtschaftsweisen Peter Bofinger bis zu 400 000 Sozialhilfeempfänger arbeitslos melden, um Anspruch auf Leistungen von den Arbeitsämtern zu erhalten. Dann wäre Schröder der Fünf-Millionen-Grenze wieder ein großes Stück näher gerückt. ▶▶

ROLF ACKERMANN

FOTO: MARC-STEFFEN UNGER

# TASTROPHE

# Die Arbeitslosigkeit ist zu einem Geschäft und Wirtschaftsfaktor geworden - was Reformen erschwert.

Thomas Reitz konnte es nicht mehr hören. Fast täglich rief einer seiner Niederlassungsleiter beim Deutschland-Chef von Manpower an und beklagte sich darüber, dass Kunden zu den Personal-Service-Agenturen (PSA) abwanderten. Dort seien die Zeitarbeitskräfte billiger, hieß es. Kein Wunder: Die PSA bekommen für jeden Arbeitslosen, den sie unter Vertrag nehmen, Geld von der Bundesagentur für Arbeit. Jetzt spielt Manpower das Spiel mit und betreibt selber PSA - mittlerweile 30, Tendenz steigend. „Wenn wir es nicht machen, macht es jemand anders", sagt Reitz.

Branchenführer Randstad betreibt 30 PSA, auch hier dürften noch ein paar dazukommen, heißt es in der Zentrale in Eschborn bei Frankfurt. So lernt die Zeitarbeitsbranche, sich einen Teil des Subventionskuchens einzuverleiben, den die Nürnberger Arbeitsverwaltung verteilt. In diesem Jahr gab sie bisher 166 Millionen Euro für die bundesweit rund 800 Agenturen aus.

**DIE SERVICE-AGENTUREN** sind nur ein Beispiel für einen breiten Trend in Deutschland: Weil die Arbeitslosigkeit zunimmt, wächst auch die Zahl derer, die an der Jobmisere verdienen. Um die gewaltige Zahl der Arbeitslosen herum hat sich eine große Zahl von Nutznießern angesammelt, die direkt oder indirekt von der Arbeitslosigkeit leben. Sie haben wenig Interesse an tief greifenden Reformen, weil sie in einem Land mit Vollbeschäftigung womöglich Einfluss, Prestige und Aufträge verlieren würden - oder gar den eigenen Job.

In Zentrum steht die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit ihren rund 90 000 Mitarbeitern. Die Mammutbehörde ist mit 180 lokalen Arbeitsagenturen, 660 Geschäftsstellen und 10 Regionaldirektionen (die früher Landesarbeitsämter hießen) damit beschäftigt, Arbeitslose zu registrieren, ihre Ansprüche zu berechnen, sie zu betreuen und zu beraten - und 12 500 Arbeitsvermittler versuchen, ihnen möglichst auch einen Job zu verschaffen. Der Verwaltungskoloss hat ein so exzentrisches Eigenleben entwickelt, dass viele Experten ihn längst für unreformierbar halten. Es ist ein System, das nach seiner eigenen Logik funktioniert und seine eigene Vorstellungswelt schafft. „In Verkennung der wahren Umstände glauben selbst die Arbeitslosen, dass ein großer Verwaltungsapparat ihre Vermittlungschancen erhöht", sagt Norbert Berthold von der Universität Würzburg. Ökonomen wie der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, fordern bereits die Zerschlagung und Teilprivatisierung der BA (WirtschaftsWoche 6/2004).

Längst sind die aussichtslosen Reformbemühungen der BA zu einem lukrativen Geschäft für Unternehmensberater geworden, geben sich die McKinseys und Roland Bergers dieser Welt in Nürnberg die Klinke in die Hand. So verteilte die BA in den vergangenen zwei Jahren Aufträge im Gesamtwert von 45 Millionen Euro an 26 verschiedene Berater. Auch die IT-Berater, im Zusammenhang mit dem Riesenprojekt „virtueller Arbeitsmarkt" ins Gerede gekommen, profitieren weiter von BA-Aufträgen. So ergatterte die Telekom-Töchter T-Systems gerade den Auftrag, die nötige Software für das Hartz-IV-Reformpaket bereitzustellen - Volumen: 92 Millionen Euro.

Neben den 90 000 BA-Mitarbeitern verhilft die Massenarbeitslosigkeit auch einer großen Schar von öffentlichen Bediensteten in Bundes- und Landesministerien zu ihrem Job. Da werden Arbeitsmarktprogramme konzipiert, Gesetze geschrieben, Eingliederungspläne entworfen. In kaum einem Land der Welt wird den Arbeitslosen so viel behördliche Aufmerksamkeit zuteil wie in Deutschland.

Allein im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) beschäftigen sich rund 1000 Mitarbeiter mit Arbeitsmarktpolitik, 200 von ihnen in 34 Unterabteilungen ausschließlich. In den Landesministerien kommen noch einmal gut 700 Mitarbeiter hinzu, die sich ausschließlich mit dem Arbeitsmarkt beschäftigen - die nachgeordneten Landesbehörden nicht mitgerechnet. Selbst die Anfang des Jahres gegründete Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), deren Mitarbeiterzahl bis 2005 auf 7000 ausgebaut werden soll, ist teilweise ein Produkt der Jobmisere und deren Auswirkungen. Die Behörde jagt unter anderem Arbeitslose, die ihre Stütze in der Schattenwirtschaft aufbessern.

In den Kommunen sind in Deutschlands 2 100 Sozialämtern mehr als 11 000 Fallmanager, Sachbearbeiter und Arbeitsvermittler dafür zuständig, erwerbsfähige Sozialfälle möglichst in Auffanggesellschaften zu verschieben - die wiederum Personal brauchen. In Stuttgart haben die freien Träger des Projekts „Hilfe zur Arbeit" zusam-

**WEITERBILDUNGSSEMINAR Rund 35 000 Anbieter kämpfen um Aufträge auf einem Miliiardenmarkt. Vorn mit dabei sind die Institute von Gewerkschaften und Arbeitgebern**

men über 100 Mitarbeiter. Bei der Bremer Arbeit GmbH, die hauptsächlich EU-Geld in Beschäftigungsprogramme umleitet, stehen 57 Menschen in Lohn und Brot. In den kommunalen Gesellschaften legen Arbeitslose hier einen Radweg an, dort restaurieren sie eine Burganlage oder reinigen Grünanlagen, ein arbeitsloser Historiker wird mit der Erforschung eines neuen Aspekts der Stadtgeschichte betraut.

Zum Arbeitslosigkeitsapparat gehören auch Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften. Im Verwaltungsrat der BA dürfen sie über die Arbeitsmarktpolitik mitentscheiden - „eine Art nichtrepräsentativer Regierungstätigkeit", kritisiert die Deutsche Bank Research in einer Studie über die Ursachen des Reformstaus in Deutschland. Der Verdacht liegt nahe, dass Arbeitgeber und Gewerkschaften ihren Einfluss im Verwaltungsrat bisweilen im eigenen Interesse geltend machen - etwa zum Nutzen ihrer Bildungsträger.

Gerade die Weiterbildungsindustrie breitete sich im Laufe der Jahre krakenartig aus. Schätzungsweise 35 000 Weiterbildungsanbieter kämpfen um Aufträge in einem Markt, auf dem bis vor kurzem jedes Jahr rund 40 Milliarden Euro umgesetzt wurden. Zwar lebt kaum ein Institut ausschließlich von den Maßnahmen, die die Arbeitsämter finanzieren. Doch versuchen alle, sich möglichst viel von den zwei Milliarden Euro zu sichern, die die BA pro Jahr an die Träger zahlt. Dabei sind vor allem die Weiterbildungsinstitute der Gewerkschaften und Arbeitgeber groß im Geschäft. So brachte es der Marktführer, die Deutsche Angestellten Akademie (DAA) der Gewerkschaft Verdi, 2002 auf einen Jahresumsatz von 220 Millionen Euro - ein Großteil davon finanziert durch die BA. Das größte Institut der Arbeitgeber ist das Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft mit einem Umsatz von 190 Millionen Euro.

Seit dem vergangenen Jahr finanziert die BA allerdings nur noch Weiterbildungskurse von Anbietern, bei denen mindestens 70 Prozent der Teilnehmer sechs Monate nach Abschluss ihrer Maßnahme einen Arbeitsplatz finden. Damit soll der Kungelei zwischen Arbeitsagenturen und Bildungsträgern ein Riegel vorgeschoben werden. Denn dort wurde vielfach am Markt vorbei qualifiziert - Hauptsache, der Anbieter war in der Arbeitsagentur bekannt. Die Reform zeigt Wirkung: Die Ausgaben der BA für die Qualifizierung Arbeitsloser gingen in diesem Jahr um 17 Prozent auf 3,8 Milliarden Euro zurück. Bei 15 der 20 größten Weiterbildungsträger brach der Umsatz im vergangenen Jahr zum Teil deutlich ein. Doch die Branche, durch die BA-Gelder in der Vergangenheit künstlich aufgeblasen, will ihre Pfründe jetzt verteidigen. „Bis zu 20 000 Stellen sind gefährdet", warnt der Bundesverband der Träger beruflicher Bildung vor einer Jobkatastrophe in der Branche.

**ES PASST INS BILD,** dass dies wiederum einer anderen Zunft Arbeit verschaffen könnte. Wo Jobs bedroht oder gekündigt werden, ist oft die Justiz gefragt - in Gestalt von bundesweit mehr als 1100 Arbeitsrichtern, rund 5600 Fachanwälten für Arbeitsrecht und dem Teil der bundesweit 126 000 Anwälte, die in ihrem Job ganz oder zum Teil mit Arbeitsstreitigkeiten wie etwa Kündigungsschutzklagen befasst sind. Eine nachhaltige Deregulierung des Arbeitsrechts, die neue Jobs schafft und Klagen erschwert, dürfte hier auf wenig Gegenliebe stoßen. Herbert Buchner, Professor für Wirtschafts- und Arbeitsrecht an der Universität Augsburg: „Alle haben es sich im arbeitsrechtlichen Garten gemütlich gemacht - und wünschen keine Störenfriede."

**ROLF ACKERMANN/MATTHIAS KAMP/ FINN MAYER-KUCKUK**